

**Stadtkanzlei**

Rathaus, Postfach 145, CH-3602 Thun

Telefon +41 (0)33 225 82 21, Fax +41 (0)33 225 82 02  
stadtrat@thun.ch, www.thun.ch



## Protokoll

### Stadtrat von Thun

Sitzung vom 23. Oktober 2014, 17:00 Uhr, Rathaus Thun

---

#### Anwesend

|                     |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                |
|---------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Stadtrat            | Vorsitz: Stadtratspräsidentin Sandra Ryser<br>Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Martin Allemann, Heidi Anderes, Jonas Baumann-Fuchs, Alfred Blaser, Christine Buchs, Piero Catani, Michael Dähler, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Beat Grimm, Konrad Hädener, Thomas Hiltbold, Daniela Huber Notter, Sabine Kaufmann, Alain Kleiner, Barbara Klossner, Alice Kropf Khan, Andreas Kübli, Nora Läng, Manfred Locher, Sandra Rupp Gyger, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Peter Stutz, Zeno Supersaxo, Reto Vannini, Daniela Weber, Simon Werren, Matthias Wiedmer |
| Gemeinderat         | Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Marianne Dumermuth und Ursula Haller, Gemeinderäte Roman Gimmel und Peter Siegenthaler                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           |
| Ferner              | Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |
| Sekretariat         | Stadtratssekretär Remo Berlinger<br>Protokollantin Renate Schneider                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |
| Entschuldigt        | Stadträte Serge Lanz, Simon Schweizer und Lukas Lanzrein                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |
| Schluss der Sitzung | 18:50 Uhr                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |

---

**Die Stadtratspräsidentin** eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden. Sie macht auf die zwei Gymnasiumsklassen aufmerksam, welche die Sitzung mitverfolgen.

## **48. Protokoll**

### **Genehmigung des Protokolls vom 21. August 2014**

#### **Stadtratsbeschluss**

Das Protokoll wird **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

## **49. Sitzungskalender Stadtrat 2015; Genehmigung**

**Der Rat** genehmigt den Sitzungskalender Stadtrat 2015 stillschweigend.

## **50. Genossenschaft Stadion Lachen und Kunsteisbahn Thun (GSL+KET) und Curlinghalle Grabengut AG Thun (CHAG)**

**Künftiger Betrieb der Anlagen durch die Stadt Thun; vorzeitiger Heimfall der Baurechte; Übernahme der Aktiven und Passiven**

### **Bericht des Gemeinderates Nr. 14/2014**

**Gemeinderat Roman Gimmel** erläutert die lange Vorgeschichte des Geschäfts und betont die intensiven Vorarbeiten aller Beteiligten. Auch der Stadtrat hat sich bereits an mehreren Sitzungen mit der Kunsteisbahn befasst. Es handelt sich um ein Schlüsselprojekt des Gemeinderates. Die Standortfrage wurde vom Gemeinderat geklärt. Der Standort im Grabengut ist unbestritten, da keine anderen Möglichkeiten vorhanden sind. Der Gemeinderat präsentiert eine Lösung, welche für alle Seiten stimmt. Die CHAG und die GSL+KET haben das Angebot der Stadt einstimmig angenommen. Bei einem Augenschein konnten die SAKOs die Anlagen besichtigen. Gemeinderat Gimmel unterstreicht, dass die Zustimmung des Stadtrates ein positives Signal für den Breitensport sowie für die dringend notwendige Sanierung der Kunsteisbahn darstellen würde. Der Stadtrat könnte mit der Genehmigung des Geschäfts klare, einfache Verhältnisse schaffen. Mehrere voneinander unabhängige Studien haben die Übernahme der Anlagen durch die Stadt und die städtische Betriebsführung als optimale Lösung definiert.

Heidi Anderes, **SAKO B+L**, dankt für die Erläuterungen. Die SAKO hat sich intensiv mit dem Geschäft auseinander gesetzt. Bei der Besichtigung der Eishalle fühlte man sich teilweise fast wie auf einer Baustelle oder in einem Provisorium. Die Synergien zwischen Kunsteisbahn und Curlinghalle können nicht genutzt werden. Die Stadt investiert Geld in die Anlagen und sollte daher auch mitreden können. Die SAKO B+L hat den Anträgen einstimmig zugestimmt.

Carlo Schlatter, **SAKO BiSK**, informiert über die gemeinsame Besichtigung und über die anschliessende gemeinsame Diskussion mit der SAKO B+L. Die SAKO BiSK hat die Anträge mit 3 zu 0 Stimmen und einer Enthaltung angenommen.

Für Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, stehen der vorzeitige Heimfall und die Sicherstellung des Betriebs sowie die Weiterentwicklung des Geschäfts im Zentrum. Für die Fraktion ist es wichtig, dass die vorhandene Infrastruktur dem Breitensport zur Verfügung steht. Es erscheint zweckmässig und sinnvoll, alle aufgeführten Anlagen gleichzeitig zu übernehmen. Der Stadt wird nun die Infrastruktur gehören, für deren Sanierung sie aufkommt. Die unklaren, komplizierten Besitzverhältnisse werden mit dem vorzeitigen Heimfall geklärt. Die Anlage wurde von den zuständigen SAKOs besucht. Die Notwendigkeit einer Sanierung ist unbestritten. Im Gesamtkontext muss das Projekt, die Finanzierung und das Betriebskonzept sorgfältig ausgearbeitet werden. Die Fraktion ist nicht der Auffassung, dass die Stadt zwingend sämtliche Betriebskosten alleine zu tragen hat. Er verweist auf das Beispiel der Freizeit- und Sportarena AG in Adelboden, wo zehn Tage nach der Volksabstimmung bereits der Spatenstich erfolgte und ein berner-

kenswertes Sportzentrum entstanden ist. Die Fraktion hat Vertrauen in den Gemeinderat sowie in das vom Gemeinderat eingesetzte Projektteam und stimmt den Anträgen einstimmig zu.

Konrad Hädener, **Fraktion der Mitte**, betont, dass, wenn der Stadtrat Ja sagt, ein Stück Thuner Sportgeschichte zu Ende geht. Bei einem Nein passiert genau dasselbe, jedoch ohne Happy End. Die Fraktion will vorwärts machen und die jetzige Chance nutzen. Mit dem vorgeschlagenen städtischen Betreibermodell kann sich die Fraktion einverstanden erklären, obwohl sicher auch andere Modelle funktionieren würden. Er bedankt sich bei den Verantwortlichen der Stadiongenossenschaft und unterstreicht die gute, kundenorientierte und professionelle Arbeit, welche jahrzehntelang, grösstenteils ehrenamtlich, geleistet wurde. Bei aller Betonung auf Verbesserung und Sanierung stellt Herr Hädener klar, dass es sich dabei keineswegs um Kritik an die bisherigen Betreiber handelt. Die Fraktion stimmt dem Geschäft einstimmig zu.

Simon Werren, **BDP-Fraktion**, dankt für die ausführlichen Unterlagen. Die Besichtigung der Curlinghalle und der Kunsteisbahn zeigte den Renovationsbedarf auf. Die Genossenschaft hat sich grosse Mühe gegeben, die Infrastruktur mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterhalten. Die Eigentümerverhältnisse können nun geklärt werden und die Anlagen in das Eigentum der Stadt übergehen. Die Fraktion ist mit der städtischen Betriebsführung mehrheitlich einverstanden, da Synergien genutzt werden können. Die Kosten für den vorzeitigen Heimfall sind relativ hoch, jedoch auch der daraus entstehende Nutzen für die Vereine und für die Bevölkerung. Die Fraktion stimmt sämtlichen Beschlusspunkten zu.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, dankt für die aufwendig erarbeiteten Unterlagen. Die beteiligten SAKOs sind laufend informiert worden. Mit der Besichtigung wurde der Wissensstand komplettiert. Für Stadträtinnen und Stadträte, die nicht in den betroffenen Kommissionen sind, war die Zeit für ein ausführliches Aktenstudium zu knapp. Klarheit in die Besitzverhältnisse zu bringen, erscheint sinnvoll. Die Fraktion beurteilt die Curlinghalle als "Filetstück" des Projekts, da sie sich fast vollständig selber finanzieren kann. Dies muss auch nach einer Übernahme durch die Stadt sichergestellt sein. Dass einige Genossenschafter nicht auf die Rückzahlung ihrer Anteilsscheine verzichten wollen, kann nicht ganz nachvollzogen werden. Im Grabengut soll aus Sicht der Fraktion kein Sportpalast mit internationaler Ausstrahlung entstehen, sondern eine Anlage, die dem Breitensport und der Bevölkerung gute Bedingungen bietet. Eine der Varianten, die ausgearbeitet werden, sollte mehr oder weniger einen Werterhalt vorsehen. Die Fraktion stimmt dem Antrag in allen Punkten zu.

Beat Grimm, **Fraktion Grüne**, erkannte an der Besichtigung die Notwendigkeit einer Sanierung. Dass die Genossenschaft die Sanierungskosten nicht selber tragen kann, erscheint nachvollziehbar. Die Übernahme des gesamten Areals durch die Stadt ermöglicht eine Gesamtplanung. Diese wäre schon nötig gewesen, als die neue Kälteanlage eingebaut wurde. Aus Sicht der Fraktion hätte damals abgeklärt werden müssen, wie die entstehende Wärme sinnvoll genutzt werden könnte. Die Fraktion erhofft sich mit der neuen Planung eine bessere Synergiennutzung. Häufig werden Einsparungen im Budget und Steuerensenkungen thematisiert, aber die Stadt übernimmt laufend neue Projekte, die Personal- und Betriebsaufwand nach sich ziehen. Durch die abnehmende Bereitschaft der Bevölkerung, ehrenamtlich tätig zu sein, und infolge Professionalisierung wird der Steuerhaushalt und somit der Steuerzahler belastet. Gerade auch aus diesem Grund ist der Nutzung von Synergien grosse Aufmerksamkeit zu schenken. Die Förderung des Breitensports durch die Stadt anerkennt die Fraktion als Präventivmassnahme. Dem Antrag stimmt die Fraktion einstimmig zu.

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, dankt für die Besichtigung und für die ausführliche Dokumentation. Das Geschäft führte in der Fraktion zu keinen grossen Diskussionen. Die Betriebsführung durch die Stadt ist unbestritten, auch weil die SP-Fraktion keine bessere Alternative sieht. Eine Kunsteisbahn und ein Strandbad gehören zu einer Stadt in der Grösse von Thun. Die Kunsteisbahn erinnert mittlerweile an eine Art Container- und Holzwürfeldorf. Die Fraktion legt grossen Wert darauf, dass die Aussagen zum Zustand der Anlagen in keiner Weise als Kritik an die jetzigen Betreiber gelten sollen. Stadträtin Rupp wünscht sich eine gute, angemessene Eishalle und kann sich eine Minimalvariante schlecht vorstellen. Die Fraktion stimmt dem Antrag einstimmig zu.

**Peter Aegerter** (BDP) begrüsst die ausgearbeitete Lösung mit dem vorzeitigen Heimfall und einem vernünftigen Sanierungsplan. Er ist jedoch nicht überzeugt, dass nur ein städtisches Modell für die Betriebs-

führung des Eissportzentrums zielführend ist. Das Beispiel der Eishalle in Langenthal zeigt eine andere funktionierende Lösung auf. Die vorgeschlagene Betreiberlösung für den Wendelsee und für das Stadion Lachen erachtet er als plausibel und als umsetzbar. Die Kehrseite der Medaille stellt die finanzielle Seite dar. Selbstverständlich werden Betriebskosten und Investitionen anfallen. Da die Immobilien ins Verwaltungsvermögen fliessen, werden aber auch Einnahmen von zukünftigen Nutzern generiert. Für Boden, welcher für Sportbauten benötigt wird, gewährt die Stadt Thun Gratisbaurechte. Kanton und Bund gewähren jedoch keine Gratisbaurechte. Im Sinne der Sportförderung unterstützt Stadtrat Aegerter die Regelung mit den Gratisbaurechten in der Stadt Thun, jedoch sollten alle im Sport tätigen Thuner Vereine, Institutionen und Genossenschaften gleichermaßen davon profitieren. Gemäss dem Sportleitbild der Stadt Thun besteht Handlungsbedarf zur Gleichstellung aller Thuner Sportvereine. Stadtrat Aegerter befürwortet die Auflösung der GSL+KET, bemängelt jedoch, dass knapp 5 % der Genossenschafter nicht auf die Rückzahlung ihrer Anteilsscheine verzichten wollen. Dem Antrag des Gemeinderates stimmt er in allen Punkten zu.

**Gemeinderätin Ursula Haller Vannini** freut sich über die breite Unterstützung dieses komplexen Geschäftes. Das Geschäft ist symptomatisch, um zu zeigen, wie die Stadt funktioniert und wie die fünf Direktionen zusammenspielen. Ihr Dank gilt der Genossenschaft, der Curlinghalle AG und allen Personen, die am Geschäft mitgewirkt und grossen Einsatz gezeigt haben. Sie macht auf die diversen Workshops und Beratungen bezüglich Betriebsführung aufmerksam, welche ausnahmslos eine städtische Betriebsführung als optimale Lösung ergeben haben. Das Beispiel aus Adelboden kann nicht mit der Situation in Thun verglichen werden, da in Adelboden ein komplett neues Projekt auf der grünen Wiese erstellt wurde. Hätte die Stadt die Möglichkeit, ein vollkommen neues Projekt an einem neuen Standort zu realisieren, würde eventuell auch eine andere Form der Betriebsführung vorgeschlagen. Dass die Genossenschafter grösstenteils auf die Rückzahlung ihrer Anteilsscheine verzichten haben, wertet Frau Haller als Zeichen, dass alle Beteiligten sinnvolle Infrastrukturen für den Breitensport realisieren wollen.

**Gemeinderat Roman Gimmel** ist erfreut, dass nach langen, intensive Vorarbeiten und Verhandlungen eine für alle tragbare Lösung vorliegt. Er dankt den Aktiven aus der GSL+KET und aus der CHAG bestens. Ebenfalls bedankt er sich beim Stadtrat, beim Gemeinderat und beim Verwaltungspersonal. Herr Gimmel betont, dass es sich bei diesem Geschäft keinesfalls um Kritik an die früheren Betreiber handelt, sondern es um eine optimale Weiterentwicklung in der Zukunft geht.

**Der Rat** genehmigt einstimmig folgenden

### **Stadtratsbeschluss**

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 39 Buchstabe c und Artikel 40 Buchstabe a der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 18. September 2014, beschliesst:

#### **A. *Beschlussespunkte zur Genossenschaft Stadion Lachen und Kunsteisbahn Thun (GSL+KET)***

1. Vorzeitiger Heimfall der Baurechte der GSL+KET: Stadion Lachen, Baurecht Nr. 1304, Wendelsee: Baurecht Nr. 3956 sowie Kunsteisbahn: Baurecht Nr. 3053 und Übernahme der Aktiven und Passiven per 1. Januar 2015 zu den Konditionen, wie sie im vorliegenden Bericht dargestellt sind, und unter Vorbehalt der Zustimmung durch die Genossenschaft Stadion Lachen und Kunsteisbahn Thun.
2. Verzicht auf Rückforderung des Darlehens im Umfang von CHF 1'165'000 (Buchwert CHF 1) gegenüber GSL+KET sowie Verzicht auf Rückzahlung des Anteilscheinkapitals von CHF 301'000 (Buchwert CHF 1) und Ausbuchung via übrige Abschreibungen.
3. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 776'700 als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 503/2212.068.0 (Bestandesrechnung-Konto Nr. 1140.10.01) für die Übernahme der Aktiven und Passiven der GSL+KET per 1. Januar 2015 zu den Konditionen, wie sie im vorliegenden Bericht dargestellt sind.
4. Beschluss einer Eventualverpflichtung in der Höhe von CHF 49'250 für die allfällige Rückzahlung von Anteilscheinen GSL+KET zu den Konditionen, wie sie im vorliegenden Bericht dargestellt sind.
5. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 265'100 als neue Ausgabe zulasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 503/2212.069.0 (Bestandesrechnung-Konto-Nr. 1140.10.01) für die Widmung der GSL+KET, Parzelle Nr. 3050 vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen.

6. Bewilligung eines Verpflichtungskredites für eine neue jährlich wiederkehrende Ausgabe von CHF 119'500 zu Lasten der Laufenden Rechnung 2015 ff. für die Übernahme des Betriebes der Anlagen der GSL+KET durch die Stadt Thun.

### **B. Beschlussespunkte zur Curlinghalle Grabengut AG Thun (CHAG)**

1. Vorzeitiger Heimfall der Curlinghalle für das Baurecht Nr. 3444-2 und Übernahme der Aktiven und Passiven per 1. Januar 2015 zu den Konditionen, wie sie im vorliegenden Bericht dargestellt sind.
2. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 506'400 als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 503/2212.070.0 (Bestandesrechnung-Konto Nr. 1143.20.01) für die Übernahme der Aktiven und Passiven der CHAG durch die Stadt Thun per 1. Januar 2015 zu den Konditionen, wie sie im vorliegenden Bericht dargestellt sind.
3. Bewilligung eines Verpflichtungskredites für eine neue jährlich wiederkehrende Ausgabe von CHF 46'400 zu Lasten der Laufenden Rechnung 2015 ff. für die Übernahme des Betriebes der Curlinghalle durch die Stadt Thun.

### **C. Weitere Beschlussespunkte**

1. Ziffern 1 bis 6 dieses Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum.
2. Die Zustimmung zu den Ziffern 7 bis 9 dieses Beschlusses steht unter dem Vorbehalt, dass gegen die Ziffern 1 bis 6 kein Referendum ergriffen wird bzw. dass die Vorlage bei einem allfälligen Referendum von den Thuner Stimmberechtigten angenommen wird.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses, insbesondere dem Abschluss der erforderlichen Vereinbarungen, beauftragt.

## **51. Postulat P 5/2014 betreffend Förderung von Mehrgenerationenwohnprojekten in der Stadt Thun**

### **BDP-Fraktion vom 5. Juni 2014; Beantwortung**

**Gemeinderätin Marianne Dumermuth** bestätigt, dass das Postulat in der Stossrichtung der gemeinderätlichen Wohnpolitik liegt. Aus diesem Grund fiel die Stellungnahme des Gemeinderates kurz aus. Das momentan laufende Projekt "Wohnstrategie Thun" bildet eine wichtige Grundlage für die anstehende Ortsplanungsrevision. Das Projekt "Wohnstrategie Thun" beinhaltet verschiedene Teilprojekte, darunter ein Teilprojekt "Neue Wohnformen". Das Mehrgenerationenwohnen passt hervorragend zu diesem Thema. Sie erklärt das Mehrgenerationenwohnen, welches es auch in Thun in Zukunft vermehrt geben sollte. Analysen der Bevölkerungsstruktur zeigen auf, dass es in Thun überdurchschnittlich viele ältere Menschen gibt. Da sie bei einem Umzug in eine kleinere Wohnung ihr soziales Umfeld verlieren könnten, bleiben ältere Menschen in der grossen Familienwohnung, auch wenn die Kinder längst ausgezogen sind. Für Familien mit Kindern fehlt es jedoch in der Stadt Thun an genügend grossem Wohnraum. Es besteht Handlungsbedarf, weshalb Gemeinderätin Dumermuth das Postulat zur Annahme empfiehlt.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Empfehlung zur Annahme des Postulats. Die Fraktion legt grosses Gewicht auf eine ernsthafte Umsetzung des Anliegens. Die Wohnbedürfnisse der älteren Generation sowie der haushälterische Umgang mit dem Boden müssen zwingend in der Ortsplanungsrevision Eingang finden. Dass ältere Menschen ihren Lebensabend vermehrt nicht in einem Altersheim verbringen wollen, ist begrüssenswert und ist auch aus Kostensicht sinnvoll. Für die Gesellschaft bedeutet dies jedoch eine grosse Herausforderung. Ein Mehrgenerationenprojekt würde dazu beitragen, dass sich Menschen verschiedener Altersgruppen in einem gemeinsamen Wohnumfeld wohl fühlen können. Die Fraktion bittet um Überweisung des Postulats.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, betont, dass die Zukunft im Alter liegt. Die Fraktion Grüne hat in der Vergangenheit wiederholt auf die Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft hingewiesen. Ziel ist es, im Alter möglichst lange selbständig bleiben zu können, so wird auch die Gesellschaft die Kosten des Alters besser tragen können. Nebst dem Thema Wohnen wird auch die damit verbundene Mobili-

tät viele Herausforderungen bringen. Die Fraktion hat in der jüngsten Vergangenheit bereits zwei Vorstösse zu dieser Thematik lanciert, nämlich das Mehrgenerationenprojekt auf dem Parkfeld Niesenstrasse und die ZPP Areal Freistatt. Die Fraktion unterstützt das Postulat einstimmig.

Christine Buchs, **FDP-Fraktion**, unterstützt neue und kreative Arten von Wohnformen. Der Fraktion sind Respekt, Toleranz und Offenheit zwischen Alt und Jung wichtig. Die demografische Entwicklung bringt grosse Herausforderungen mit sich. Die Stadt muss proaktiv handeln und neue gemeinsame Wohnformen propagieren, so dass auch Privatinvestoren Interesse bekunden. In der anstehenden Ortsplanungsrevision sowie im Projekt "Wohnstrategie Thun" wird das Thema behandelt werden, wie der Gemeinderat bestätigt hat. Die Fraktion nimmt das Postulat an.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, unterstützt das Postulat. Dass der gesellschaftliche Wandel erkannt wird, ist erfreulich. Mit der Überweisung bekräftigt der Stadtrat die Stossrichtung der "Wohnstrategie Thun".

Andreas Kübli, **Fraktion der Mitte**, erachtet das Thema als wichtig. Verständnis und Anreize zu schaffen, steht für die Fraktion im Vordergrund, nicht neue Reglemente und Vorschriften. Die Fraktion der Mitte nimmt das Postulat an.

**Gemeinderätin Marianne Dumermuth** freut sich über die wohlwollende Aufnahme des Vorstosses. Die Ortsplanungsrevision erhält zwar ein Thema mehr, jedoch wird sie auch konkreter.

**Der Rat** überweist das Postulat einstimmig.

## 52. Interpellation I 4/2014 betreffend Verzicht auf Schliessung der Asylunterkunft Allmendingen per 31. Dezember 2014

### **BDP-Fraktion vom 21. August 2014 (dringlich); Beantwortung**

**Gemeinderat Peter Siegenthaler** informiert über die intensive Behandlung der Interpellation im Gemeinderat. Wichtig erscheint ihm eine gewisse Ent-Emotionalisierung für die folgende Diskussion im Stadtrat. Herr Siegenthaler erinnert an die unangenehme Informationsveranstaltung vom Mai 2013 im regionalen Ausbildungszentrum (RAZ) in Allmendingen, wo harsche Kritik aus der Bevölkerung laut wurde und die Behörden als Lügner und Schönredner betitelt wurden. Insbesondere glaubten viele nicht, dass das Durchgangszentrum tatsächlich nach 1,5 Jahren wieder geschlossen werden wird. Der Bevölkerung wurde damals versprochen, dass die Anlage per Ende 2014 definitiv geschlossen und die Sicherheit der Bevölkerung ernst genommen wird. Der Gemeinderat ist sich über die bedenkliche Zunahme der Asylzahlen bewusst, jedoch hat die Stadt Thun ihren Solidaritätsbeitrag vorübergehend erfüllt. Andere Gemeinden müssen auch ihre Pflichten hinsichtlich Asylbewerbenden wahrnehmen. Er unterstreicht, dass von kantonalen Seite keine Anfrage zur Weiterführung des Zentrums erfolgt ist. Er hebt die Bedeutung des Versprechens an die Bevölkerung hervor. Dieses Versprechen wird eingehalten, weshalb das RAZ ab Ende 2014 nicht mehr als Asylunterkunft dienen wird. Er weist auf das Postulat der SVP-Fraktion hin, gemäss welchem sich Asylunterkünfte nicht in der Nähe von Schulen befinden dürfen. Die örtlichen Möglichkeiten sind daher sehr beschränkt, es kommt quasi nur das RAZ als Durchgangszentrum in Frage.

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, ist von der Antwort nicht befriedigt. Die Interpellation beabsichtigte nicht, den Gemeinderat zu einer anderen Haltung zu bewegen, sondern Schwierigkeiten im Asylwesen aufzuzeigen. Die Fraktion war sich bewusst, dass der Entscheid zur Schliessung per Ende 2014 definitiv ist und der Gemeinderat an seinem Versprechen festhält. Angesichts der heutigen weltweiten Flüchtlingsströme würde die Bevölkerung Verständnis für die Weiterführung des Durchgangszentrums zeigen. Offensichtlich war der Betrieb der Asylunterkunft für die Bevölkerung von Allmendingen nicht einschneidend. Nach Ansicht der Fraktion hätte die Stadt Thun bei den Verhandlungen mit dem Kanton Bern eine aktive Rolle einnehmen können. Verschiedene Stellen verstecken sich hintereinander, was äusserst problematisch ist. Herr Vannini bezieht sich auf die Aussage des Gemeinderates über den vorläufig geleisteten Solidaritätsbeitrag der Stadt. Vorläufig bedeutet, dass in Zukunft wieder Anfragen zur Aufnahme von Asylbewerbenden erfolgen werden und die Infrastruktur, die nach der Schliessung rückgebaut wird, wieder angepasst werden muss. Er weist auf die durch das Asylzentrum generierten Mieteinnahmen hin. Die

Fraktion erachtet Lösungen, mit welchen Asylsuchende innert kurzer Zeit aufgenommen werden können, als besonders wichtig.

Andreas Kübli, **Fraktion der Mitte**, erinnert an die emotionale Stimmung an der Informationsveranstaltung und das Versprechen, das die Vertreter von Kanton und Stadt der Allmendinger Bevölkerung gegeben haben. Er nimmt an, dass Hr. Regierungsrat Käser der damalige Vorwurf, er sei ein Lügner, noch präsent sei. Dass der Betrieb im Grossen und Ganzen problemlos verlief, ist auch den intensiven und teuren Massnahmen seitens der Stadt und des Kantons zu verdanken. Und trotzdem gab es in den 1,5 Jahren 6 Vorstösse oder kleine Anfragen zu diesem Thema. Die aktuell vorliegende kleine Anfrage der SP richten sich stark einseitig auf die Mieteinnahmen für die Stadt aus, aber die Kosten, welche dem Kanton angefallen sind, werden nicht erwähnt. Eine weltoffene Stadt in der Grösse von Thun sollte 140 Menschen auffangen können. Eigentlich würde nichts gegen die Weiterführung des Durchgangszentrums sprechen, wäre nicht das Versprechen über die Schliessung per Ende 2014 an die Bevölkerung erfolgt. Die Weiterführung würde das Vertrauensverhältnis der Bevölkerung in die Stadtregierung zerstören. Aus diesem Grund begrüsst die Fraktion der Mitte die Haltung des Gemeinderates mehrheitlich.

Reto Schertenleib, **SVP-Fraktion**, wirft die Frage auf, wie glaubhaft die Politik noch wäre, wenn eine solche Kehrtwende gemacht würde. Der Bevölkerung wurde die Schliessung per Ende 2014 versprochen. Der Kanton hätte noch grössere Mühe, Asylunterkünfte in Gemeinden zu finden, wenn er sich nicht an sein Wort halten würde. Aus Sicht der Fraktion hat die Stadt Thun ihre Solidarität bewiesen.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, bekundet Mühe mit der Antwort des Gemeinderates und mit der Antwort von Stadtrat Schertenleib über die vorübergehend geleistete Solidarität der Stadt Thun. Die Aussage klingt, als ob die Solidarität per 31. Dezember 2014 ihr vorläufiges Ende gefunden hat. Es ist nachvollziehbar, dass der Gemeinderat sein Versprechen an die Bevölkerung halten will. Jedoch hätte der Gemeinderat sich aktiv um eine Ersatzlösung bemühen können, da die Not in der Welt momentan besonders gross ist. Anstatt einer Ersatzlösung vertritt der Gemeinderat die Haltung, dass die anderen Gemeinden sich um das Problem kümmern sollen. Die Beantwortung der Frage 3 wird bemängelt. Es wird nicht konkret festgehalten, um welche Art der Nutzung es sich handelt. Die Fraktion erhofft sich vom Gemeinderat vermehrt Gedanken, wie Solidarität gezeigt werden kann. Die Haltung des Gemeinderates in dieser Frage ist mutlos und auch ein wenig herzlos.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, teilt grundsätzlich die Meinung der Fraktion Grüne. Auf der einen Seite geht es um Solidarität, auf der anderen Seite steht die Glaubwürdigkeit des Gemeinderates und des Kantons. Dieses Problem kann nur auf der Zeitachse gelöst werden. Das Versprechen muss eingehalten und das Zentrum somit geschlossen werden. Trotzdem hindert es die Stadt nicht daran, sich intensiv mit dem Thema zu befassen und dem Kanton ein entsprechendes Angebot für eine Asylunterkunft zu unterbreiten. Ob diese Unterkunft in Allmendingen oder in einem anderen Thuner Quartier sein wird, ist offen. Auf das überwiesene Postulat, dass Asylunterkünfte nicht in der Nähe von Schulen sein sollen, müsste noch einmal zurückgekommen werden. Der frühzeitige Einbezug der Bevölkerung ist ein wichtiger Punkt. Er nimmt Bezug zu smartvote, gemäss welchem 24 amtierende Stadträtinnen und Stadträte die Weiterführung des RAZ begrüssen würden. Dies könnte auch als Signal für den Gemeinderat gelten. Die Fraktion erhofft sich von der nächsten Legislatur, dass die Stadt Thun Solidarität und Menschlichkeit zeigt und Elend lindern hilft.

Christine Buchs, **FDP-Fraktion**, anerkennt einerseits die Einhaltung des Versprechens an die Bevölkerung, andererseits ist die Schliessung des RAZ in dieser weltpolitisch schwierigen Situation mit Tausenden von Flüchtlingen bedenklich. Die Fraktion fragt sich, ob in dieser Notlage nicht das Gespräch mit der Bevölkerung hätte gesucht werden sollen. Die Schliessung des RAZ wird von der Fraktion akzeptiert.

**Gemeinderat Peter Siegenthaler** unterstreicht, dass es nicht nur um das Versprechen an die Bevölkerung, sondern auch um den Vertrag mit dem Kanton geht, in welchem die Dauer und die maximale Anzahl Asylbewerbende vereinbart wurden. Die Erfahrungen mit dem Asylbewerberzentrum in Allmendingen sind grundsätzlich gut, jedoch handelt es sich um eine der teuersten Asylbewerberanlagen, die der Kanton unterhält. Es ist keinesfalls so, dass die Stadt Thun sich von allen humanitären Aktionen abwenden will, wie es aus einzelnen Voten den Anschein erweckt hat. Thun gehört zur Asylkoordination Thun, in welcher über 80 Gemeinden abgedeckt sind. In Aeschi wird eine Unterkunft mit 140 Asylbewerbern

eröffnet, weshalb das Einzugsgebiet der Asylkoordination Thun ihren Beitrag erfüllt und somit auch die Stadt Thun.

## 53. Fragestunde

### **F8/2014 Asylzentrum Allmendingen**

#### **Alice Kropf (SP) vom 20. Oktober 2014; Beantwortung**

Die Frage F8/2014 wurde vom Gemeinderat schriftlich beantwortet und liegt auf.

### **F9/2014 Wegweiser zum KKThun**

#### **Konrad Hädener (CVP) vom 21. Oktober 2014; Beantwortung**

Die Frage F9/2014 wurde vom Gemeinderat schriftlich beantwortet und liegt auf.

## **Mitteilungen**

**Stadtratssekretär Remo Berlinger** informiert über die Unterlagen betreffend Budget 2015 sowie Aufgaben- und Finanzplan 2015 bis 2018, welche dem Stadtrat heute verteilt wurden. Diese Unterlagen folgen nicht noch einmal im ordentlichen Versand mit der Traktandenliste für die Sitzung vom 20. November 2014.

Weiter macht er auf die Einladung zur Legislatur-Schlussfeier 2014 am 12. Dezember 2014 aufmerksam.

Im Anschluss an die heutige Sitzung findet ein Apéro im Thunerhof mit anschliessender Führung durch das Kunstmuseum statt.

## **Eingänge**

- Postulat betreffend Optimierung der Verkehrserschliessung im Industrieareal Schoren mittels Verlängerung der Strasse Wirtschaftspark in das Areal Gafner-Post-Inducta; Fraktion Grüne, BDP und Mitunterzeichnende vom 23. Oktober 2014
- Postulat betreffend Einflussnahme auf die kantonale Altersheimplanung und –kontrolle; Piero Catani (SP) und Franz Schori (SP) sowie Mitunterzeichnende vom 23. Oktober 2014
- Postulat betreffend Betreuungsgutscheine für familienexterne Kinderbetreuung; FDP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 23. Oktober 2014
- Postulat betreffend Pilotversuch zur kontrollierten legalen Abgabe von Cannabis; Alice Kropf (SP) und Mitunterzeichnende vom 23. Oktober 2014
- Postulat betreffend Standort Tagesschule Primarschule Gotthelf; Sandra Rupp (SP) und Mitunterzeichnende vom 23. Oktober 2014

Die Stadtratspräsidentin

Der Stadtratssekretär

Sandra Ryser

Remo Berlinger